

Vereinsstatuten



Die verwendeten personenbezogenen Ausdrücke umfassen Frauen wie Männer gleichermaßen

14. März 2024

§ 1 Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

Vindex - Schutz und Asyl | Verein zur Förderung, Unterstützung und Integration von Konventionsflüchtlingen, asylsuchenden Menschen und Katastrophenopfern in Österreich und weltweit.

Das Tätigkeitsgebiet erstreckt sich darüber hinaus auf Länder, aus denen Fluchtbewegungen aus Gründen von Armut, Hunger, Krieg und politischer Verfolgung und Ähnliches stattfinden.

Er hat seinen Sitz in Bregenz.

§ 2 Vereinszweck

Der Verein, dessen Tätigkeit mildtätig und gemeinnützig und nicht auf Gewinn gerichtet ist, bezweckt den Schutz und die Unterstützung für asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge sowie Katastrophenhilfe.

Der Verein bezweckt darüber hinaus die Bekämpfung von Armut und Not in Ländern, aus denen Fluchtbewegungen stattfinden, durch Förderung der wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Entwicklung, welche zu einem Prozess des nachhaltigen Wirtschaftens und des wirtschaftlichen Wachstums, verbunden mit strukturellem und sozialen Wandel führen soll.

Er ist mildtätig im Sinne des § 37 der Bundesabgabenordnung

§ 3 Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes

1) Als ideelle Mittel dienen:

- a) Beratung und soziale Unterstützung für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge
- b) psychosoziale Begleitung von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen
- c) Durchführung von Maßnahmen zur Integration von Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen
- d) die Abwicklung von Projekten sowie die Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten im In- und Ausland
- e) die Förderung der Schul- und Ausbildung von Kindern und Erwachsenen
- f) die Unterstützung von hilfsbedürftigen Familien
- g) die Unterstützung medizinischer Versorgung von Gesundheitseinrichtungen in notleidenden Ländern, ggfs. den Aufbau von „Medical Points“ in ländlichen Gebieten
- h) Vermittlung und Übernahme von Patenschaften für Projekte und hilfsbedürftige Menschen
- i) die Unterstützung von Selbsthilfeaktivitäten zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation
- j) Maßnahmen zur Durchführung von Katastrophenhilfe

- k) Der Vereinszweck wird teilweise auch durch weisungsgebundene Erfüllungsgehilfen umgesetzt.
- l) Abhaltung von Veranstaltungen jeglicher Art, die dem Vereinszweck dienen
- m) Öffentlichkeitsarbeit, die dem Vereinszweck dient
- n) Organisieren von Projekten, welche zur Erzielung des Vereinszwecks dienen
- o) Organisieren und Durchführung (ggfs. von „Erfüllungsgehilfen“) von Bildungsprojekten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im In- und Ausland
- p) Vorträge;
- q) Versammlungen;
- r) Diskussionsveranstaltungen;
- s) Herausgabe von Mitteilungsblättern, Broschüren, Büchern und sonstigen Publikationen;

2) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:

- a) Erträge aus vereinseigenen Veranstaltungen und Unternehmungen
- b) Erträge aus Beratung, Coaching, Kursen, Weiterbildungsangebote
- c) Erträge aus Flohmärkten und Basaren, Buffet-Bestückung
- d) Erträge durch Änderungsarbeiten und Herstellen von Produkten der Nähwerkstatt
- e) Vermietung und Verpachtung von Räumlichkeiten im Vereinslokal
- f) Spenden, Subventionen, Sponsor-Einnahmen, Vermächtnisse sowie sonstige Zuwendungen
- g) Kantinenbetrieb (im Vereinslokal/Treffpunkt)

§ 4 Mitgliedschaft

- 1) Die Mitglieder des Vereins können ordentliche oder Ehrenmitglieder sein.
- 2) Ordentliche Mitglieder sind jene, die sich an der Verwirklichung der Ziele des Vereines beteiligen.
- 3) Ehrenmitglieder sind Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Verein von der Generalversammlung ernannt werden.

§ 5 Erwerb der Mitgliedschaft

- 1) Mitglieder des Vereins können alle physischen Personen sowie juristische Personen werden.
- 2) Die Aufnahme von ordentlichen Mitgliedern erfolgt durch den Vorstand.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- 1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod (bei juristischen Personen durch Verlust der Rechtspersönlichkeit), durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss.
- 2) Der Austritt aus dem Verein steht jedem Vereinsmitglied jederzeit durch eine einseitige schriftliche oder mündliche Kündigung an den Vorstand frei.
- 3) Der Vorstand ist berechtigt, Mitglieder, die den Vereinszweck schädigen, aus dem Verein auszuschließen. Die ausgeschlossenen Mitglieder haben jedoch das Recht, gegen den Ausschluss

mit aufschiebender Wirkung Berufung bei der Generalversammlung einzulegen, die über den Ausschluss endgültig entscheidet.

- 4) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 3 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstandes beschlossen werden.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1) Die Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereines nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Statuten teilzunehmen und die Einrichtungen des Vereines zu beanspruchen.
- 2) Den Mitgliedern steht das Stimmrecht in der Generalversammlung sowie das aktive und passive Wahlrecht zu.
- 3) Eine Übertragung von Rechten, insbesondere des Stimm- und Wahlrechtes, im Wege einer Bevollmächtigung ist nicht zulässig.
- 4) Die Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen des Vereines zu fördern; die Vereinsstatuten und die Beschlüsse der zuständigen Organe sind zu beachten.

§ 8: Vereinsorgane

Organe des Vereins sind die Generalversammlung, der Vorstand, die Rechnungsprüfer und das Schiedsgericht.

§ 9: Generalversammlung

- 1) Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich statt.
- 2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet binnen vier Wochen statt auf:
 - a) Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung
 - b) schriftlichen Antrag von mindestens 1/10 der Mitglieder
 - c) Verlangen der Rechnungsprüfer
 - d) Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators
- 4) Sowohl zu den ordentlichen wie auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle Mitglieder mindestens zwei Wochen vor dem Termin schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail (an die vom Mitglied dem Verein bekannt gegebene Fax-Nummer oder E-Mail-Adresse) einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand, durch die/einen Rechnungsprüfer oder durch einen gerichtlich bestellten Kurator.
- 5) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens drei Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich, mittels Telefax oder per E-Mail einzureichen.
- 6) Gültige Beschlüsse — ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung — können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- 7) Bei der Generalversammlung sind alle Mitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur ordentliche und Ehrenmitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Juristische Personen werden durch einen Bevollmächtigten vertreten. Die Übertragung des Stimmrechts auf ein anderes Mitglied im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung ist zulässig.
- 8) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.

- 9) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen jedoch einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- 10) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Obmann, in dessen Verhinderung sein Stellvertreter. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:

- a) Beschlussfassung über den Voranschlag
- b) Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und Rechnungsabschlusses
- c) Wahl, Bestellung und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- d) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein
- e) Entlastung des Vorstands für die abgelaufene Funktionsperiode
- f) Festsetzung der Höhe der Mitgliedsbeiträge und Beitrittsgebühren
- g) Verleihung und Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft
- h) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins
- i) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen

§ 11 Der Vorstand

Der Vorstand besteht aus:

1. Obmann
 2. Obmann-Stellvertreter
 3. Schriftführer
 4. max. 4 Beiräte
- 1) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jedes ordentliche Mitglied, das die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
 - 2) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt 2 Jahre; auf jeden Fall währt sie bis zur Wahl eines neuen Vorstandes. Wiederwahl ist möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
 - 3) Der Vorstand wird vom Obmann, bei Verhinderung von seinem Stellvertreter, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
 - 4) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
 - 5) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

- 6) Den Vorsitz führt der Obmann, bei Verhinderung sein Stellvertreter. Ist auch dieser verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, das die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
- 7) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung und Rücktritt.
- 8) Die Generalversammlung kann jederzeit den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. Vorstandsmitglieds in Kraft.
- 9) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

- 1) Dem Vorstand obliegt die Leitung des Vereins.
- 2) Der Vorstand hat den Verein mit der Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Organs im Rahmen dieses Statuts und der Beschlüsse der Generalversammlung zu führen.
- 3) Zur Regelung der inneren Organisation kann vom Vorstand unter Berücksichtigung dieses Statuts eine Geschäftsordnung beschlossen werden.
- 4) In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
 - für den geregelten Ablauf des Betriebes zu sorgen
 - Organisation von Veranstaltungen
 - Verwaltung des Vereinsvermögens und Einrichtung eines Rechnungswesens
 - Information der Vereinsmitglieder über die Vereinstätigkeit
 - Information der Vereinsmitglieder über Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss
 - Vorbereitung und Einberufung der ordentlichen und außerordentlichen Generalversammlung
 - Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern
 - Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- 1) Der Obmann ist der höchste Vereinsfunktionär und führt die laufenden Geschäfte des Vereines. Er vertritt den Verein nach außen, gegenüber Behörden und dritten Personen.
- 2) Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Obmanns und des Schriftführers, in Geldangelegenheiten des Obmanns und des Stellvertreters oder Schriftführers. Im Fall der Verhinderung tritt an die Stelle des Obmanns der Stellvertreter.
- 3) Rechtsgeschäftliche Bevollmächtigungen, den Verein nach außen zu vertreten bzw. für ihn zu zeichnen, können ausschließlich von den in Abs. 2 genannten Vorstandsmitgliedern erteilt werden.
- 4) Der Vorstand kann bei Bedarf einen Geschäftsführer bestellen. Der Geschäftsführer ist für die Abwicklung der ihm übertragenen laufenden Geschäfte gemäß den Anweisungen des Obmanns verantwortlich. Der Geschäftsführer ist berechtigt, den Verein gemeinsam mit dem Obmann nach außen zu vertreten. Die weitergehenden Details über die Rechte und Pflichten des Geschäftsführers werden ggf. in einer eigenen Geschäftsordnung festgelegt, die vom Vorstand zu beschließen ist.

- 5) Im eigenen Namen oder für einen anderen geschlossene Geschäfte eines Vorstandsmitglieds mit dem Verein (Insichgeschäfte) bedürfen der Zustimmung eines anderen, zur Vertretung oder Geschäftsführung befugten Organwalters.
- 6) Bei Gefahr im Verzug ist der Obmann berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- 7) Der Obmann führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
- 8) Der Schriftführer unterstützt den Obmann bei der Führung der Vereinsgeschäfte. Ihm obliegt die Führung der Protokolle der Generalversammlung und des Vorstands.
- 9) Der Schriftführer ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.

§ 14 Die RechnungsprüferInnen

- 1) Zwei unabhängige und unbefangene Personen werden von der Generalversammlung für 2 Jahre als Rechnungsprüfer gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ — mit Ausnahme der Generalversammlung — angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- 2) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben der Generalversammlung über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- 3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Die Bestimmungen des S 1 1 Abs. 8 - 10 gelten für die Rechnungsprüfer sinngemäß.

§ 15 Das Schiedsgericht

- 1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine „Schlichtungseinrichtung“ im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den SS 577 ff ZPO.
- 2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei ordentlichen Vereinsmitgliedern zusammen. Es wird derart gebildet, dass ein Streitteil dem Vorstand ein Mitglied als Schiedsrichter schriftlich namhaft macht. Über Aufforderung durch den Vorstand binnen sieben Tagen macht der andere Streitteil innerhalb von 14 Tagen seinerseits ein Mitglied des Schiedsgerichts namhaft. Nach Verständigung durch den Vorstand innerhalb von sieben Tagen wählen die namhaft gemachten Schiedsrichter binnen weiterer 14 Tage ein drittes ordentliches Mitglied zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Bei Stimmgleichheit entscheidet unter den Vorgeschlagenen das Los. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ — mit Ausnahme der Generalversammlung — angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.
- 3) Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nach Gewährung beiderseitigen Gehörs bei Anwesenheit aller seiner Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit. Es entscheidet nach bestem Wissen und Gewissen. Seine Entscheidungen sind vereinsintern endgültig.
- 4) Sofern das Verfahren vor dem Schiedsgericht nicht früher beendet ist, steht für die Rechtsstreitigkeiten erst nach Ablauf von sechs Monaten nach Übereinkunft über die Befassung eines Schiedsgerichtes der ordentliche Rechtsweg offen (S 8 Vereinsgesetz 2002).

§ 16 Auflösung des Vereines

- 1) Der Verein ist als aufgelöst zu betrachten, sobald die Auflösung des Vereines mit 2/3 Mehrheit der abgegebenen Stimmen bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte aller Vereinsmitglieder auf einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Generalversammlung beschlossen wird.
- 2) Bei einer freiwilligen Selbstauflösung des Vereines geht der unverbrauchte Teil der Subventionen an die Subventionsgeber zurück.
- 3) Die Mitglieder erhalten bei ihrem Ausscheiden oder im Falle der Auflösung des Vereins nicht mehr zurück als allenfalls eingezahlte Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer Sacheinlagen, der nach dem Zeitpunkt der Einlage zu berechnen ist.
- 4) Im Falle der freiwilligen Auflösung, bei behördlicher Aufhebung des Vereins, sowie auch bei Wegfall des bisher begünstigten Vereinszweckes ist das verbleibende Vereinsvermögen ausschließlich und unmittelbar für Zwecke im Sinne des § 4a Abs 2 EstG 1988 zu verwenden.

